



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

#### **Deutscher Bundestag**

Paul-Löbe-Haus  
11011 Berlin  
Ansprechpartner: Lars Drebold, Birgit Heine,  
Kathrin Kortmann  
Tel: (030) 227 – 71111  
Fax: (030) 227 – 76099  
Email: matthias.miersch@bundestag.de

#### **Wahlkreis**

Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstr. 15/16  
30159 Hannover  
Ansprechpartnerinnen:  
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu  
Tel: (05 11) 16 74 303 (9:00 - 14:00 Uhr)  
Fax: (05 11) 92 03 190  
Email: matthias.miersch.wk@bundestag.de

[www.matthias-miersch.de](http://www.matthias-miersch.de)

Berlin, 5. November 2015

### **Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Genossinnen und Genossen,**

heute hat der Deutsche Bundestag das wichtige Thema „Sterbehilfe“ behandelt. Gleichzeitig hat gestern ein weiterer Gipfel zwischen Bund und Ländern zum Thema Flüchtlingspolitik stattgefunden. Meine Einschätzung zu diesen beiden Themen möchte ich in dieser Persönlichen Erklärung wieder direkt übermitteln:

#### **1. Entscheidung des Bundestages zum Thema Sterbehilfe**

Es war eine sehr kontroverse und auch emotionale Debatte, die wir heute im Bundestag zum Thema Sterbehilfe erlebt haben. Wie bereits im Rahmen des Themas Patientenverfügung stand für mich das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Menschen im Mittelpunkt meiner Entscheidung. Ich habe deshalb frühzeitig den Gesetzentwurf von Carola Reimann, Karl Lauterbach und Peter Hinze unterstützt, der den Wunsch eines qualvoll Sterbenden nach Suizidassistentz gesetzlich absichert. Das gilt vor allem für das Vertrauensverhältnis von Patient und Arzt, das nach meiner Auffassung durch das Strafrecht nicht bedroht werden darf.

Leider hat die Mehrheit des Deutschen Bundestages anders votiert und ein Gesetz beschlossen, das die „geschäftsmäßige“ Suizidhilfe unter Strafe stellt. Es ist sehr umstritten, ob neben Personengruppen in Organisationen auch Ärzte, die wiederholt Sterbehilfe leisten, dieser gesetzlichen Regelung ausgesetzt sein können. Ich fürchte, dass nun gerade bei Palliativmedizinern und Onkologen eine große Verunsicherung entsteht und sich diese auf die Bereitschaft der Ärzte auswirkt, schwerkranken Menschen beim Sterben zu helfen. Möglicherweise erleben wir bald die ersten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Auch wenn in einigen Jahren durch eine höchstrichterliche Rechtsprechung eine sichere Rechtslage geschaffen wird, so entsteht jetzt möglicherweise eine jahrelange Rechtsunsicherheit, die nach meiner Überzeugung unbedingt hätte verhindert werden müssen. Das Strafrecht ist das schärfste Schwert des Rechtsstaates. Im Bereich des selbstbestimmten Sterbens hat es jedoch „nichts zu suchen“.



Dr. Matthias Miersch  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Positiv ist demgegenüber, dass der Bundestag gestern die Reform der Hospiz- und Palliativversorgung beschlossen hat. Damit werden erste wichtige Schritte eingeleitet, vor allem die Versorgungs- und Betreuungssituation der Schwerkranken zu verbessern.

## 2. Gipfel zur Flüchtlingspolitik

Gestern Abend haben sich die Spitzen von CDU, CSU und SPD zudem auf weitere Verfahrensschritte im Bereich des Asylrechts geeinigt. Wichtig war und ist für mich, das Inhaftierungslager – wie von CSU und Bundesinnenminister de Maizière vorgesehen – verhindert wurden. Geärgert hat mich, dass die Debatte suggeriert hat, die Anzahl der Flüchtlinge mit diesen Transitzone zu reduzieren zu können. Die Anzahl derjenigen, die z.B. aus sicheren Herkunftsstaaten kommt, ist inzwischen äußerst gering (ca. 2-4%)!

Anstelle des Streits der vergangenen Woche, der leider von den Medien undifferenziert aufgenommen worden ist, müssen nun Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die Beschleunigung der Verfahren aufgrund der längst beschlossenen Maßnahmen und schließlich auch der Kampf gegen die Fluchtursachen, einschließlich eines gemeinsamen europäischen Handelns, Bestandteile der politischen Debatte sein. Ich hoffe sehr, dass sich der Fokus künftig auf diese Bereiche konzentriert und begrüße, dass die SPD-Fraktion nun z.B. die Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich gefordert hat. Ich werde in Form der Persönlichen Erklärung über die weiteren Beratungen berichten.

Nun geht's weiter zur Verleihung des Deutschen Umweltpreises nach Essen. Über Reaktionen freue ich mich wie immer!

Ihr/Euer Matthias Miersch